

AfD? – Nein, Danke!

Stoppen wir die Rechten und das Kapital!

Kein Zweifel: Gründe für Unzufriedenheit und Ablehnung unserer derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse gibt es viele.

Das größte Loch hat hier die Agenda 2010 der Regierung Schröder gerissen: massive Ausweitung des Niedriglohnsektors, Senkung der Reallöhne, Privatisierungen und Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur – Schulen, Krankenhäuser usw.

Noch nie war die soziale Ungleichheit so krass – und immer noch stopfen sich Industrie- und Bankenvorstände die Taschen voll, die Finanzindustrie wurde nicht an die Leine gelegt. Der Kapitalismus hat als Modell für Fortschritt und Entwicklung ausgedient, er kann sich nur noch über Wasser halten, indem er in großem Stil fremde Ressourcen plündert und dabei kolossale Umweltschäden und soziale Schäden anrichtet – die Folgen bekämpft er mit Kriegen und ... Mauern. Diese Gesellschaftsordnung zu beseitigen, ist inzwischen zu einer Überlebensfrage geworden.

Die Große Koalition, zu der sich inzwischen auch die Grünen gesellt haben, tut alles, um uns einzubleuen: „Es gibt zu uns keine Alternative.“ Und die Linke kommt nicht so richtig aus dem Quark. Ist das ein Grund, zu braunen Rattenfän-

**Internationale
Veranstaltung
der ISO**

Olivier Besancenot und **Michael Löwy** kommen am 3. Juni nach Köln, zum Thema „**Stoppen wir die Rechten und das Kapital! Ist Linkspopulismus die Antwort?**“
Über linken Populismus in Deutschland spricht Violetta Bock.

**18 – 20 Uhr,
Alte Feuerwache**

gern überzulaufen? Zu Leuten, die, nicht weniger „postfaktisch“ als Trump, alles und das Gegenteil davon behaupten, um ihre zusammengewürfelte Wählerklientel zu bedienen? Die das Rad zurückdrehen möchten, die Frau wieder unter die Fuchtel des Mannes stellen wollen („dieser Gender-Wahn muss aufhören!“), die Nazis wieder aufleben lassen (das Mahnmal für die ermordeten Juden stehe als „Denkmal der Schande“ zu Unrecht in Berlin) und vor allem fleißig daran arbeiten, Sündenböcke zu produzieren?

Hieß es früher: „Der Jude ist an allem schuld, er ist unser Unglück“, heißt es heute: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, „Flüchtlinge gehören hinter Gitter und abgeschoben“; wahlweise ist auch die EU der Teufel. Ja, das Prinzip, dass der deutsche Facharbeiter mit dem asiatischen konkurrieren soll, und dafür der indische oder afrikanische Bauer unter die Knute deutscher Agrarkonzerne kommt, wobei er Haus und Hof verliert, weil er gegen einen Multi nicht konkurrieren kann – dieses Prinzip gehört abgeschafft. Nicht zugunsten eines Rückfalls in die Zeiten von „Deutschland über alles“, sondern zugunsten einer Weltwirtschaftsordnung, die einen fairen Handel und allen eine Produktion für den Eigenbedarf ermöglicht.

Dann braucht auch niemand mehr zu flüchten. Solange die Verhältnisse aber nicht so sind, müssen wir die Flüchtlinge aufnehmen, den vorhandenen Reichtum aufteilen und dafür sorgen, dass alle Menschen gleiche Rechte haben.

„DER MINDESTLOHN IST EIN JOBKILLER-GESETZ.“

Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD und sächsisches Landtagsmitglied

„Ist es nicht so, dass den Anwohnern oder Bewohnern einer Kommune alternativlos – wie immer – eine Einrichtung vor die Nase gesetzt wird, die sie einfach nicht haben wollen und deshalb in Form von zivilem Ungehorsam die geplanten Flüchtlingsunterkünfte einfach abfackeln?“

Alfred Bamberger,
AfD-Kreissprecher Pforzheim

„Wer das Halt an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen.“

Beatrix von Storch, stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende

„Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen.“

Alexander Gauland, AfD-Partei-Vize

„NOTFALLS MÜSSTEN POLIZISTEN AN DER GRENZE AUCH VON DER SCHUSSWAFFE GEBRAUCH MACHEN.“

Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD und sächsisches Landtagsmitglied

„38 Millionen Erwerbstätigen stehen rund 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 8 Millionen Behinderte, 6 oder 7 Millionen Arbeitslose und 2 Millionen Studenten gegenüber: Leute, die es als ihr gottgewolltes Recht betrachten, von dem zu leben, was andere für sie aufbringen müssen.“

Konrad Adam, ehemaliger Bundessprecher der AfD

Die AfD ist keine „Protestpartei“

Einige meinen, die AfD sei eine Partei, mit der man seinen Protest ausdrücken kann. Ein Blick in den Entwurf für ein Parteiprogramm, der von einem geheimen Strategiepapier bestätigt und eher noch verschärft wird, genügt, um eine solche Fehlannahme zu korrigieren. Dort wurde vorgeschlagen:

- ▶ den Arbeitgeberanteil bei Arbeiten im Rentenalter zu streichen;
- ▶ das Renteneinstiegsalter heraufzusetzen;
- ▶ den Arbeitgeberanteil am ALG 1 zu streichen und dieses zudem zu privatisieren;
- ▶ eine Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose einzuführen;
- ▶ die gesetzliche Unfallversicherung abzuschaffen;
- ▶ die Gewerbe- und Erbschaftssteuer abzuschaffen;
- ▶ das Banken- und Steuergeheimnis wieder einzuführen;
- ▶ Rettungsprogramme für überschuldete Kommunen und Länder zu verbieten;
- ▶ Alleinerziehende nicht weiter finanziell zu unterstützen;
- ▶ das Schuldprinzip bei Ehescheidungen wieder einzuführen;
- ▶ das Gesetz gegen Schwangerschaftsabbruch zu verschärfen;
- ▶ die Gender-Forschung abzuschaffen und die traditionellen Geschlechterrollen von Mann und Frau auf ewig zu bewahren;
- ▶ das Anti-Diskriminierungsgesetz und Diversity-Programme abzuschaffen;
- ▶ den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu privatisieren;
- ▶ das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre zu senken;
- ▶ die „auf die Zeit des Nationalsozialismus verengte Erinnerungskultur“ zu überwinden.

Der Protest der AfD richtet sich nicht gegen Armut und Perspektivlosigkeit, diese Partei provoziert nur, weil sie selber an die Fleischtöpfe der Macht will. Die AfD ist eine radikalisierte neoliberale Partei.

Weißer deutscher Männer

In den Anfängen der AfD lag der inhaltliche Schwerpunkt der Partei auf der Ablehnung des Euro und der Forderung nach mehr Protektionismus.

Als sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, beflügelte der Misserfolg den innerparteilichen rechten Flügel und das Thema Migration wurde zum Kernanliegen der AfD. Sie folgte damit der Entwicklung rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien in Europa, die ihren Fokus innerhalb weniger Jahre von Steuerfragen und „Sozialleistungsbetrug“ auf soziokulturelle Fragen wie Religion, Homosexualität, Rolle der Frau u.ä. verlegt haben. Die Partei will das Rad der Geschichte zurückdrehen, hinter die Errungenschaften von 1968, am liebsten zurück in die Zeit vor 1945. Alles gesellschaftlich Liberale oder Humanistische lehnt sie ab.

„**Gendermainstreaming**, „**Multikulturalismus**“ und die Respektierung unterschiedlicher Lebensstile sind ihr verhasst. Schützenswert ist ihr nur „die Familie mit Kindern“ – eine Lebensform, in der nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung lebt. Homosexualität gilt ihr als „dekadent“

Die AfD gehört nicht ins demokratische Spektrum

Die AfD gehört nicht ins demokratische Spektrum, auch wenn sie nur in Teilen als faschistisch bezeichnet werden kann. Denn:

- ▶ sie predigt Hass;
- ▶ sie duldet Nazis und terroristische Gewalttäter in ihren Reihen;
- ▶ sie verhöhnt die Gleichwertigkeit aller Menschen, die den Grundsatz jeder Republik bildet;
- ▶ sie gehört damit zu den Feinden der Republik.

und als „Fehler der Natur“. Antifeminismus ist ein starkes Markenzeichen der AfD. Ihre Verteidigung der „deutschen Frau“ im Zusammenhang mit den Kölner Sylvesterereignissen hat nichts mit der Bekämpfung sexueller Übergriffe als solchen zu tun, sondern ist nur eine Keule gegen Migranten. Ausdrücklich fördern will sie die „Entwicklungschancen von Jungen und Männern“, die vor allem durch das Bildungssystem benachteiligt würden.

Die deutsche Volksgemeinschaft steht an oberster Stelle. Das Geburtsortprinzip, das die Schröder-Fischer-Regierung im Jahr 2000 neben das Abstammungsprinzip gestellt hat, will sie wieder abschaffen. Migranten gelten ihr (von wenigen Ausnahmen abgesehen) als „integrationsunwillig“ und „kriminell“, ein Fremdkörper, der mit allen Mitteln, und sei es mit Grenzzäunen und Schusswaffen, von deutschem Boden ferngehalten werden muss. Das individuelle Recht auf Asyl will sie abschaffen, den Familiennachzug für anerkannte Asylberechtigte streichen, Flüchtlingen Geldleistungen verweigern und medizinische Behandlungen nur in akuten, lebensbedrohlichen Situationen zulassen.

Die Schule soll wieder „Patrioten“ erziehen und „die klassisch-preußischen Tugenden“ vermitteln, „Disziplin, Pünktlichkeit, Fleiß“. Dazu will sie die „Autorität“ des Lehrers wiederherstellen. Die gesellschaftliche Auslese für den Zugang zu höherer Bildung will sie verschärfen.

Die AfD ist definitiv was für die männliche, deutsche Elite.

Solidarität ohne Grenzen

Was tun gegen die AfD?

Es kommt darauf an, den Aufwärtstrend der AfD durch eine antikapitalistische Politik zu brechen, damit die Unterstützung für die Rassist*innen durch gewerkschaftlich Organisierte und ärmere Schichten der Bevölkerung gestoppt wird.

Dabei kann es nicht nur darum gehen, der AfD mit dem Stimmzettel eine Abfuhr zu erteilen. Auch eine Beteiligung der Partei Die Linke an Koalitionsregierungen mit SPD und Grünen wird keine grundlegende Wende zum Besseren einleiten. Eher sorgt sie dafür, dass sich weitere Wähler*innenschichten von der Politik ab - oder gar der AfD zuwenden.

Wir können der AfD nicht das Wasser abgraben, ohne zugleich den neoliberalen Kurs der Großen Koalition zu bekämpfen, die den kapitalistischen Konkurrenzkampf in alle Bereiche der Gesellschaft trägt.

Wir setzen uns deshalb ein für eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, für die Rücknahme der Privatisierungen und den massiven Ausbau der maroden öffentlichen Infrastruktur, für ein sanktionsfreies Existenzminimum, die Anhebung des Mindestlohns und eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Wir betonen dabei die Verteidigung der Flüchtlinge und Migrant*innen. Warum offene Grenzen nur für das Kapital und nicht auch für Arme und Menschen in Not? Wir treten dafür ein, dass alle Menschen gleiche Rechte haben.

Im Kampf gegen Rechts unterstützen wir alle Bündnisse und Initiativen, die auf eine breitest mögliche Einheit aller antifaschistischen Kräfte orientieren. Dabei muss es eine Vielzahl von Aktionsformen geben können (Demos, Blockaden u.a.).

Da staatliche Organe erfahrungsgemäß in vielfacher Weise mit rechten Parteien verbunden sind, stehen für uns in erster Linie der solidarische Selbstschutz und die praktische Verteidigung der von Rassist*innen bedrohten Menschen im Vordergrund.

Dem in der arbeitenden Klasse verbreiteten, rassistischen und nationalistischen Gift kann nur durch eine Klassenpolitik von unten wirksam entgegengewirkt werden. Deshalb unterstützen wir gemeinsame Kämpfe von Flüchtlingen, MigrantInnen, prekären und nicht-prekären Lohnabhängigen.

Deren gemeinsamen Aktionen können die Gewerkschaften auf Trab bringen und die etablierte Politik unter Druck setzen. Nur so gemeinsam können wir solidarische Lösungen und grundlegende Verbesserungen der sozialen Lage durchsetzen.

Gegen rechts braucht es eine breite außerparlamentarische Bewegung, die entschieden gegen die Spaltung der arbeitenden Klasse und für deren gemeinsame soziale Interessen eintritt. Eine Bewegung für Solidarität, die keine Grenzen kennt! V.i.S.d.P. Angela Klein, c/o ISO, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln



Internationale Sozialistische Organisation

www.intersoz.org – facebook.com/intersoz.org – iso@intersoz.org – twitter.com/InterSozOrg